

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1251/2016
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 06.09.2016	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 20.09.2016			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Verkehrsausschuss	Vorberatung	29.09.2016	Ö
Stadtrat	Entscheidung	04.10.2016	Ö

Betreff: Verkehrskonzeption für das Bahnhofsumfeld Änderungsantrag 1671/1/2013 der Stadtratsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen Mainz, 13.09.2016 gez. Eder Katrín Eder Beigeordnete
Mainz, 20.09.2016 gez. Ebling Michael Ebling Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der **Verkehrsausschuss** empfiehlt, der **Stadtrat** beschließt, den Änderungsantrag 1671/1/2013 der Stadtratsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP für erledigt zu erklären

Problembeschreibung / Begründung:

1. Sachverhalt

Die Situation des Bahnhofsumfeldes gab und gibt regelmäßig Anlass zu Diskussionen über die Beseitigung von Missständen und Verbesserungsmöglichkeiten. Auch im Integrierten Entwicklungskonzept (IEK) Mainz-Neustadt wird für diesen Bereich, aber auch darüber hinaus, Handlungsbedarf gesehen.

Bekanntermaßen befindet sich die Erstellung eines Rahmenplans für den Bereich zwischen Boppstraße und Hauptbahnhof in Arbeit. Der diesbezügliche Sachstand wird den betroffenen städtischen Gremien in der aktuellen Sitzungsfolge zur Kenntnis gegeben. Hierbei wird auch sehr wesentlich auf verkehrliche Aspekte eingegangen.

2. Lösung

Der vorliegende Entwurf des Rahmenplans südliche Neustadt trifft unter anderem zu folgenden verkehrlichen Aspekten Aussagen und formuliert Lösungsansätze:

- Abbau der Konflikte an den Straßeneinmündungen/ÖPNV-Trasse Kaiser-Wilhelm-Ring zwischen Bahnhofplatz und Boppstraße
- Verbesserung der Radverkehrssituation ruhend und fließend (z.B. Fahrradparkhaus als Alternative für abgestellte Fahrräder Bahnhofplatz; Radwegeverbindung Gärtnergasse – Schottstraße sowie Alicerampe)
- Beseitigung der Konflikte durch die Fernbushaltestelle
- Stärkung der Fuß- und Radwegverbindungen durch die Bahnhofstraße und die Osteinunterführung
- Reduzierung des Straßenverkehrslärm u.a. Parcusstraße, Boppstraße und der Schienenachse

Neben der Verkehrsverwaltung wurde u.a. auch die MVG in den Erarbeitungsprozess mit eingebunden, sodass alle verkehrlich relevanten Themen im weiteren Verfahren berücksichtigt werden. Somit ist auch gewährleistet, dass auch die im Antrag formulierte Ermittlung und Prüfung von Verbesserungsvorschlägen erfolgt, wobei anzumerken ist, dass die Verwaltung zu einigen Maßnahmenvorschlägen bereits konkrete Handlungsoptionen aufgezeigt hat.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung den städtischen Gremien, den Änderungsantrag 1671/1/2013 der Stadtratsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP für erledigt zu erklären.

3. Alternativen

keine

4. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

nicht relevant

Finanzielle Auswirkungen:

keine